

Spandauer Umschau

KOSTENLOS, ABER UNBEZAHLBAR



EIN SOZIALES SPANDAU IST MÖGLICH

3

Wohnen
Adler-Group
in Staaken
vergesellschaften

4

Haushalt
Doppelhaushalt
2024/25

8

Interview
Schule muss
anders



Neues aus Spandau

ZAHL DES MONATS

157

Zwangsräumungen wurden allein in Spandau im Jahr 2022 vollstreckt, 51 davon bei Landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften. DIE LINKE fordert eine sofortige Aussetzung von Zwangsräumungen.

Impressum

Spandauer Umschau,
Ausgabe 2/2023 (Herbst 2023)

Herausgeber:

DIE LINKE Bezirksverband Spandau
Pichelsdorfer Straße 138, 13595 Berlin
Tel.: (030) 36 43 74 71
www.die-linke-spandau.de
info@die-linke-spandau.de
fb.com/DieLinkeBerlinSpandau
instagram.com/dielinke.spandau
twitter.com/DieLinkeSpandau

V.i.S.d.P.: Marc Mattern

Redaktion: M. Mattern, M. Lüttich,
Titel und Gestaltung: C. Cave
Redaktionsschluss: 31.09.2023

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Kombi-Bad Süd bleibt geschlossen

Das Außenbecken vom Kombi-Bad Spandau in der Gatower Str. wird auch die kommende Badesaison im nächsten Jahr aufgrund von Sanierungsarbeiten geschlossen bleiben. Das bedeutet zwei Jahre kein Freibad im Herzen von Spandau. Lediglich das Freibad in Staaken blieb und bleibt voraussichtlich geöffnet.



Spandau ist Sicherer Hafen

Im vergangenen Schuljahr gab es an spandauer Schulen insgesamt 64 Willkommensklassen – 34 Klassen an Grundschulen, 30 an weiterführenden Schulen. Willkommensklassen sind Klassen mit angepassten Lerninhalten und -konzepten für Schülerinnen und Schüler, welche die deutsche Sprache nicht oder nicht hinreichend beherrschen, um am normalen Unterricht teilzunehmen. In einer Willkommensklasse werden i.d.R. 12 Kinder und Jugendliche unterrichtet. (GA 0775/XXI vom 05.07.)



Die Mobile Bildungsberatung kommt zurück!

Auch wenn wir den Doppelhaushalt für 2024/25 aus Gründen der Unterfinanzierung abgelehnt haben, konnten wir uns doch noch für ein besonderes Projekt stark machen, was jetzt aus dem kommenden Haushalt finanziert wird. Die mobile Bildungsberatung wird in den nächsten zwei Jahren wiederbelebt und mit einer Halbtagsstelle ausgestattet. So kommt die Hilfe auch wieder in die Kieze zu den Menschen – niederschwellige und schnelle Beratung zu den Themen erwachsene Bildung und Alphabetisierung!



Dem Adler die Flügel stutzen – Wohnungsbestände in Staaken Vergesellschaften!

Wenn die CDU, die SPD, die Grünen und die Tierschutzpartei geschlossen einem Antrag der LINKEN in der Bezirksverordnetenversammlung im Spandauer Rathaus zustimmen, dann muss das Thema wirklich dringend sein. In dem Antrag fordert unsere Fraktion, dass die Wohnungen der Adler-Group in Staaken in die kommunale Hand überführt werden sollen. Dieser Antrag bietet die Möglichkeit, dem positiven Volksentscheid “Deutsche Wohnen & CO Enteignen” endlich Taten folgen zu lassen und die Menschen in Staaken vor den Profitinteressen von privaten Immobilien Konzernen zu schützen. Doch wie konnte es dazu kommen, dass die Adler-Group ihre Wohnungen so vernachlässigt hat und nun vor der Insolvenz steht?

Seit Jahren befindet sich der Immobilien-Adler im Sinkflug. Im Jahre 2018 wurde die Aktie des Immobilienkonzerns noch für 55€ gehandelt. Heute, 5 Jahre später, nur noch für knapp 55 Cent. Bereits Ende 2021 hatte die Investmentfirma Viceroy der Adler-Group Bilanzbetrug vorgeworfen, wodurch der Wert des Unternehmens in den Keller ging. Kritiker waren der Adler-Group Intransparenz und einen nicht zu bewältigenden Schuldenberg vor.

Der Todesstoß für den Wohnungskonzern kam im letzten Jahr, als die KPMG, eine der weltweit größten Wirtschaftsprüfungsgesellschaften, der Adler-Group das Wirtschaftsprüfer-Testat verweigerte und in Folge der Aktienwert des Unternehmens dem Wert eines Kaugummis gleich. Es war völlig unrealistisch, dass sich die Adler-Group davon erholen konnte. Um die Insolvenz abzuwenden, wurde ein Restrukturierungsplan vorgelegt. Dieser sieht unter anderem vor, dass bis Ende 2024 Teile der Immobilienprojekte und der Wohnungsbestände des Unternehmens verkauft sowie rund 75% der Arbeitsplätze abgebaut werden sollen.

Wir haben also einen fast insolventen Wohnungskonzern und ca. 1000 Wohneinheiten in Staaken im Loschwitzer- und Pillnitzer Weg. Viele der Wohnungen sind in keinem besonders guten Zustand. Sanierungsbedürftig und insbesondere einige der Wohnungen im Pillnitzer Weg sind von Schimmel betroffen und sind auch energetisch nicht auf dem neuesten Stand.

Mit der Vergesellschaftung dieser Wohnungsbestände oder einem Ankauf unter Verkehrswert besteht die Möglichkeit, die Bestände zu sanieren und die Mieterinnen und Mieter langfristig zu entlasten.

Der Absturz des Immobilien-Adlers zeigt erneut, dass wir uns bei der Versorgung mit Wohnraum nicht auf die privaten Immobilienkonzerne verlassen können und sollten. Inzwischen ist die Adler-Group aus dem “Wohnungsbündnis” des Senats ausgetreten und hat Mieterhöhungen angekündigt.

Als Alternative schlagen wir als DIE LINKE zwei Konzepte vor. Zunächst wollen wir den erfolgreichen Volksentscheid “Deutsche Wohnen & CO Enteignen” umsetzen, um möglichst viele Wohnungen wieder in die öffentliche Hand zu holen und Mieterinnen und Mieter in Spandau und ganz Berlin zu entlasten. Zusätzlich braucht es ein kommunales Wohnungsbauprogramm, mit dem wir jedes Jahr 7.500 kommunale Wohnungen bauen und diese nachhaltig mit einem Mietpreis von 7 - 7,50 €/qm verwalten. So können wir einerseits die Macht der privaten Immobilienkonzerne brechen und zugleich bezahlbaren kommunalen Wohnraum für die Spandauerinnen und Spandauer zur Verfügung stellen.

Denn bezahlbarer Wohnraum ist ein Grundbedürfnis und kein Spielball in den Händen von profitorientierten Immobilien-Konzernen.



Bezirklicher Doppelhaushalt 2024/25 -

Katastrophal auch nach den Beratungen

Am 7. September ist der bezirkliche Doppelhaushalt 2024/25 in der BVV Spandau beschlossen worden: 836 Mio. Euro werden in 2024 und 845 Mio. Euro in 2025 aufgewendet. Was auf den ersten Blick nach einem ordentlichen Aufwuchs aussieht – plus ca. 10% zu 2022/23 – entpuppt sich bei näherem Hinsehen als nicht auskömmlich. Die Fraktion DIE LINKE. in der BVV Spandau hat den Haushaltsentwurf daher abgelehnt.

Zugutehalten muss man dem Bezirksamt seine realistische Einschätzung. Bezirksbürgermeister Bewig beurteilte die erste Globalsummenzuweisung durch das Land Berlin bereits als „Katastrophe“. Mit einem „strukturellen Defizit“ von 15-20 Mio. Euro wurde der erste Entwurf durch das Bezirksamt aufgestellt. Die Ergebnisrücklage des Bezirks von knapp 8 Mio. Euro wurde aufgelöst und eine Pauschale Minderausgabe (eine später im laufenden Vollzug des Haushalts wieder „reingeholt“ werden muss) in Maximalhöhe aufgestellt. Dennoch wurde bereits an vielen Stellen massiv gekürzt.

Erst nach Intervention bei Parteifreund und Finanzsenator Evers – und unter LINKER Mithilfe im Unterausschuss Bezirke im Abgeordnetenhaus – konnten weitere 7,7 Mio. Euro pro Jahr gewonnen werden. Damit konnten die meisten Kürzungen zurückgenommen werden, es bleibt jedoch ein strukturelles Defizit von 10-12 Mio. Euro – und die Rücklagen sind aufgebraucht.

“Das Geld, was nötig wäre, die zentralen Aufgaben zu finanzieren, wird nicht in die Hand genommen. Obwohl es da wäre, wie der 100-Milliarden-Topf für die Bundeswehr zeigt, der praktisch über Nacht mobilisiert werden konnte. Doch für Ausgaben im sozialen und kulturellen Bereich schnürt uns die ins Grundgesetz gegossene Schuldenbremse förmlich den Hals zu.”



Zudem: der Bezirk wächst. Ein fehlender Aufwuchs an Geld ist eine indirekte Kürzung. Angesichts der steigenden sozialen Herausforderungen und der Bedürfnisse in Spandau hat die soziale Infrastruktur im Bezirk mehr Aufmerksamkeit und finanzielle Mittel verdient.

Die Haushaltsberatungen unter den Fraktionen waren dementsprechend sehr kurz. Offenbar hatte die schwarz-grüne(-gelbe) Zählgemeinschaft die Claims schon im Vorgeld abgesteckt. Einige Projekte anderer Fraktionen wurden noch übernommen: Tierschutzkoordinator/in für die Tierschutzpartei, Schulhofreinigung für die SPD. Um uns zur Zustimmung zu bewegen, wurde die mobile Beratung für Alphabetisierung wieder mit einer halben Stelle eingerichtet (wir hatten eine ganze gefordert) und der Etat für politische Bildungsarbeit erhöht.

Uns ist das aber zu wenig: Nicht nur fehlen wichtige Projekte, die wir gefordert haben: u.a. endlich ein Pilotprojekt Schulgesundheitsfachkräfte, Stärkung der bezirklichen Mieterberatung, ein weiteres Mädchentreff im Bezirk. Nein, der bezirkliche Doppelhaushalt hat ein grundsätzliches Problem.

Für uns ist Voraussetzung für unsere Zustimmung ein sozial ausgeglichener Bezirkshaushalt mit entsprechender Vorsorge. Es gibt in vielen wichtigen Bereichen keine Aufwüchse, um mit den enormen Preissteigerungen, die wir über das letzte Jahr erlebt haben, mitzukommen. Die Energiepreissteigerungen, Baupreissteigerungen, die kommenden Tarifsteigerungen werden nicht oder nur unzureichend abgedeckt. Es zeigt sich: Das Geld, was nötig wäre, die zentralen Aufgaben zu finanzieren, wird nicht in die Hand genommen. Obwohl es da wäre, wie der 100-Milliarden-Topf für die Bundeswehr zeigt, der praktisch über Nacht mobilisiert werden konnte. Doch für Ausgaben im sozialen und kulturellen Bereich schnürt uns die ins Grundgesetz gegossene Schuldenbremse förmlich den Hals zu.

Wir können daher leider nicht erkennen, dass uns durch das Land Berlin die Aufstellung eines auskömmlichen und sozial ausgeglichenen Bezirkshaushaltes möglich war. Aus unserer Sicht wäre wenigstens ein Inflationsausgleich von 8-10 Prozent zusätzlich nötig, um das strukturelle Defizit abzuschmelzen bzw. fast ganz aufzuheben. Nur so wäre eine solide Vorsorge möglich gewesen. Daher konnten wir dem Haushalt nicht zustimmen. Am Ende stimmte die übergroße Mehrheit aus CDU, Grüne, SPD, Tierschutzpartei und FDP den Haushalt jedoch durch.



.....
Lars Leschewitz Vorsitzender der
 Fraktion DIE LINKE. in der Bezirks-
 verordnetenversammlung Spandau.



Kolumne

Déjà-vu – und das immer wieder

Sabine Knepel ist sozialpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE. und Vorsitzende des Sozialausschusses in der Bezirksverordnetenversammlung Spandau.

Heißt so viel wie alles schon mal gesehen und erlebt zu haben. Aus der Geschichte lernen, nö, und nicht einmal aus der jüngeren. Es wird immer ärgerlicher. Da hat eine Partei die Chance gesehen, sich die Wiederholungswahl zunutze zu machen. Es gab einfach nicht genug Widerstand, zu viel Politikverdrossenheit und dann merkwürdige Entscheidungen. Nun haben wir den Salat, einen 28% Bürgermeister mit seiner verräterischen kleinen Freundin, die gemeinsam scheinbar denken, alles besser zu machen. Eine Kleiko ist jetzt an der Macht. Ich lache mich schlapp (Sarkasmus). Erst mal alles platt machen, heißt nun die Devise und dann überlegen. **Déjà-vu: Hat das je geholfen? Nö.**

Dann gibt es ja noch die eine oder andere Ausrede. Nehmen wir mal die „das Geld ist alle und wir müssen sparen“. Ja, müssen wir, weil das ganz plötzlich kam, zumindest der unsägliche Krieg, die Rüstungsausgaben und Corona.

Aber dass die geburtenstarken Jahrgänge jetzt das Rentenalter erreichen, hätte man doch bestimmt errechnen können. Nee, nicht das eigene Geld zählen, sondern das dieser Bevölkerungsgruppe, z.B. ob es denn auch reicht für einen verträglichen Ruhestand.

Déjà-vu: Die Zeichen der auf die Zukunftweisenden Zeit erkennen?

Nö. Das allein wissen nur der Wind, das Wasser und die Sonne. Ooops, etwas abgerutscht, aber die Energiewende hat die CDU doch auch verpennt.

Aber zurück zum Sparen: Ja, müssen wir, nur bloß wo? Na klar, bei den Sozialleistungen und den schwächsten Teilen der Gesellschaft, war doch auch schon immer so. In meinen jüngeren Jahren wurden z.B. nahezu alle Angebote für Kinder und Jugendliche eingestampft. Denke ich an das Clubhaus Westerwaldstraße, wo es dann keine Schulfeten oder ähnliches mehr gab. Und das für viel zu lange Zeit. Gepokert wurde mit dem Idealismus der im Sozialbereich Beschäftigten, dass sie sich dagegen nicht übermäßig wehren. „Es wird schon irgendwie gehen, wir machen das, es geht ja um die Menschen.“ Mein ganz persönliches Déjà-vu.

Heute schaltet die Ampel auf dunkelgelb bis rot und spart u.a. bei den Kindern und Jugendlichen. 2,2 Millionen Minderjährige sind armutsgefährdet. Der Finanzminister bietet äußerst kurzsichtig nur 2 Mrd. statt der dringend notwendigen 20 Mrd. für die Kindergrundsicherung an. Außerdem will er lieber nicht allen betroffenen Kindern diese in gleicher Höhe zukommen lassen, also zumindest nicht den zugezogenen. Fatal, wir haben nicht nur unterschiedliche Klassen von Geflüchteten, sondern auch noch welche unter den Kindern.

In Berlin ist jedes vierte Kind entweder schon von Armut betroffen oder bedroht, Spitzenreiter sind Neukölln, Mitte und Spandau. Das ist eine Schande, eine unendlich große Schande!

Armut bedeutet ja nicht nur kein Geld in der Tasche, sie grenzt aus, verhindert soziale Kontakte, hält von Gesundheitspflege und Bildung fern. Klar, es gibt ja das Bildungs- und Teilhabeprogramm, aber guckt euch doch mal die Helikopter-Eltern an, was die ihren Kindern noch viel mehr bieten können, als das Privattaxi bis fast in den Klassenraum. Eine von Armut betroffene Familie dagegen kann nicht einmal das Eis oder die Pizza außerhalb der Reihe spendieren.

Da frage ich mich doch, was wird aus diesen Kindern? Ich kann mir kaum vorstellen, dass sie alle Luxusvillen, Luxusautos und Privatjets besitzen möchten. Ganz davon abgesehen, dass sie dann zu den schlimmsten Umweltverschmutzern gehören würden. Nein, die Bedarfe haben sich doch meistens auf den täglichen Kampf ums Überleben gedreht, die nötigsten Dinge vorrangig zu betrachten. Leider ist mir das auch nicht ganz fremd, ein ungewolltes Déjà-vu.

Was bewegt Sie? Was sollte uns bewegen?
Was soll sich in Spandau bewegen?

mit
Sabine
Knepel

Bürger*innen Sprechstunde der Fraktion DIE LINKE. in der BVV Spandau
Termine auf Nachfrage an: sabine.knepel@linksfraktion-spandau.de

20 23

Jahresrückblick – Wiederholungswahl, Bildung, Wohnen, Gesundheit

Mit der Wiederholungswahl im Februar dieses Jahres hat sich viel in Spandau verändert – es gibt neue Mehrheitsverhältnisse in der Bezirksverordnetenversammlung und wir dürfen einen Neuzugang in unserer Fraktion begrüßen. Aber wenn eins gleichbleibt, dann ist das unser unerschöpflicher Wille Spandau ein Stück sozialer und Lebenswerter zu machen.

Die Wiederholungswahl hat aber nicht nur schlechtes mit sich gebracht – zwar hat es Hans-Ulrich Riedel aufgrund des Wahlergebnisses leider nicht mehr in die BVV geschafft, dafür haben wir mit **Elmas Wiczorek-Hahn** aber tatkräftigen Ersatz bekommen und konnten somit den Fraktionsstatus erhalten. Bevor Elmas unserer Fraktion beigetreten und in die Partei eingetreten ist, war sie Politikerin bei Bündnis90/die Grünen. Aufgrund von innerparteilichen Streitereien bei den Grünen und ihrer lebens-langen Karriere als kurdische Kämpferin für Gerechtigkeit hat sie sich dazu entschlossen Teil von DIE LINKE. zu werden. Wir begrüßen Elmas in unseren Reihen!

Soziale Gerechtigkeit, kulturelle Teilhabe, Bildung und Mieten und Wohnen sind die Probleme der Stunde. Deshalb haben wir diese Themen in den Fokus unserer Arbeit gelegt, damit Spandau lebenswerter wird!

Die Wohnsituation in Spandau ist angespannt, egal ob in der Neustadt oder in der Heerstraße Nord. Durch die Schaffung der beiden Milieuschutzgebiete, Neustadt und Wilhelmstadt, konnten erste Schritte im Schutz von Mietern gegangen werden. Wir wollen diese Erfahrungen bündeln und haben deswegen einen Antrag für die Schaffung eines bezirklichen Milieuschutzbeirates eingesetzt. Der Milieuschutzbeirat soll sich um die Belange der Mieterinnen und Mieter kümmern und Umwandlungen, Verkäufe, Sanierungs-fällen in den sozialen Erhaltungsgebieten bewerten und somit für ein ausgeglichenes Zusammenleben sorgen.

Ebenso wichtig für uns ist aber auch die kulturelle Teilhabe, gerade von Mädchen und jungen Frauen, die leider noch zu häufig benachteiligt werden. Deswegen haben wir in mehreren Anträgen für den Ausbau der mobilen Bildungsberatung, sowie für die Schaffung von neuen Mädchentreffs im Bezirk gekämpft. Die berlinweit einzigartige mobile Bildungsberatung wurde durch viel Überzeugungsarbeit von uns mit finanziellen Mitteln aus dem bezirklichen Haushalt für 2024/25 ausgestattet, sodass sie sich auch weiter um die Menschen kümmern kann die Hilfe brauchen und möchten.

Eines unserer größten Anliegen ist die Schaffung einer Schulgesundheitsfachkraft an jeder Schule in Spandau. Die medizinische Versorgung in Spandau ist unserer Meinung nach mangelhaft, vor allem für Kinder und Jugendliche. Kinderarzttermine sind kaum zu kriegen und auch sonst ist der Zugang zu medizinischer Versorgung teilweise eingeschränkt. Mit Schulgesundheitsfachkräften kann niederschwellig die Versorgung verbessert werden.

Diese Themen sind nur ein kleiner Teil der Arbeit, die wir dieses Jahr bereits geleistet haben, um Spandau sozialer zu machen – und das Jahr ist noch nicht vorbei! Wir haben noch viel vor und kämpfen mit den euch zusammen für einen solidarischen Bezirk.

Anzeige

**DIE LINKE.
hilft!**

**Unbürokratisch und direkt
mit dem Solidarfonds**



Wer gerade Schwierigkeiten hat kleinere Einkäufe zu machen, wem ein paar Euro für die Gasabrechnung fehlen oder wer gerade das Auto nicht vollgetankt bekommt, der kann sich an uns wenden.

Monatlich zahlen die Verordneten der BVV Spandau einen Teil ihrer Sitzungsgelder in einen Fonds ein. Aus diesem Fonds finanzieren wir kurzfristige und unerwartete Mehrkosten von Spandauer Bürgerinnen und Bürgern.

„Bildung könnte geil sein!“

Bildungswende jetzt! – unter dem Motto wurde am 23. September überall in Deutschland für ein Ende der Bildungskrise demonstriert. Philipp Dehne hat den Protest mitorganisiert



Philipp, Du bist aktiv bei „Schule muss anders“, was ist das für eine Initiative, wer ist da alles dabei?

„Schule muss anders“ ist eine überparteiliche Kampagne, die alle Bildungsbetroffenen zusammenbringen will: Die Beschäftigten, also Lehrer:innen, Erzieher:innen, Sozialpädagog:innen, Schüler:innen, Eltern und Lehramtsstudierende. Wir arbeiten aber auch mit Gewerkschaften wie der GEW und ver.di und verschiedenen Gruppen im Bildungsbereich zusammen.

Ich würde sagen, auf Berliner Ebene haben wir schon ein starkes Bündnis zusammenbekommen.

Was sind eure Ziele?

Wir haben Forderungen für Berlin und für ganz Deutschland. In Berlin haben wir und vor zweieinhalb Jahren gegründet mit vier Hauptforderungen: Schule braucht mehr Zeit für Beziehungsarbeit und weniger Lernstress. Es braucht deutlich mehr Personal in Schulen und Kitas also fordern wir eine Ausbildungsoffensive für Lehrer:innen, Erzieher:innen und Sozialarbeiter:innen und um den akuten Mangel zu lindern, multiprofessionelle Teams, die die Schulen sofort unterstützen. Außerdem braucht es eine unabhängige Beschwerdestelle, um Diskriminierung zu bekämpfen und Teilhabe aller Schüler:innen sicherzustellen.



Mach mit!

„Schule muss anders“ wird getragen von der Bürger*inneninitiative „Schule in Not“, dem „Berliner Bündnis für schulische Inklusion“ und den „Berliner Bürgerplattformen“. Die GEW Berlin unterstützt unsere Forderungen, weitere Organisationen schließen sich an. Gemeinsam wollen wir nicht länger zusehen, wie Berliner Bildungsmangel verwaltet wird und immer nur Löcher gestopft werden.

Wir sagen: Schule muss anders – und zwar jetzt!

Mit mehr Zeit für alle Kinder und mehr Personal, mit neuen Berufsgruppen, ohne Diskriminierung und mit Teilhabe für alle Schüler*innen.



Am 23. September wart Ihr bundesweit auf den Straßen, worum ging es da?

Ja, unter dem Motto „Bildungswende JETZT!“ wurde in 28 Städten bundesweit demonstriert, wir haben richtig Druck gemacht. Wir haben das mit Schule muss anders angestoßen, inzwischen haben sich über 170 Organisationen angeschlossen. Die Bundesregierung muss jetzt handeln, damit uns die Bildungskrise nicht total überrollt. Wir fordern gerechte, zukunftsfähige und inklusive Bildung: mehr Personal, eine Ausbildungsoffensive, einen nationalen Bildungsgipfel mit Beteiligung der Betroffenen und 100 Milliarden Euro Sondervermögen für die Bildung.

... das ist viel Geld

Stimmt, aber die Bundesregierung hat bereits 2008 versprochen, ab 2015 zehn Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Bildung und Forschung auszugeben. Das ist nie passiert, im Gegenteil wurde immer weniger für die Bildung ausgegeben. Für die Bundeswehr sind jetzt 100 Milliarden extra einfach bewilligt worden, aber das Bildungssystem steuert auf eine Katastrophe zu. Dabei könnte Bildung so geil sein!

Was sind denn die drängendsten Probleme?

Vor allem der krasse Personalmangel, es fehlen Tausende Lehrkräfte und Erzieher:innen, in Berlin gibt es einige Schulen mit gerade einmal siebzig Prozent Personalausstattung. Dieser Mangel trifft auf ein sehr ungerechtes Bildungssystem. Erfolg hängt in Deutschland sehr stark vom Einkommen der Eltern ab, Kinder und Jugendliche aus Familien mit wenig Geld leiden besonders unter dem Mangel.

Wie geht es weiter nach dem 23. September?

Wir wollen auch nach dem Protesttag als Bündnis weiterarbeiten und eine bundesweite Bildungsbewegung aufbauen. Es muss Schluss sein mit den leeren Versprechungen, wir müssen die Regierung unter Druck setzen.

Und wenn ich jetzt auch was tun will?

In Berlin gibt es regelmäßige Treffen von Schule muss anders, da sind Interessierte immer willkommen! Die Termine stehen auf unserer Internetseite: schule-muss-anders.de



.....
Philipp Dehne ist Bildungsaktivist und Mitbegründer von Schule muss anders. Er hat eine Zeit lang als Lehrer gearbeitet.

Pro vs. Contra

Olympia 2036 in Berlin?

Der Deutsche Sportbund möchte sich mit u.a. mit Berlin und München für die olympischen Sommerspiele 2036 bewerben – 100 Jahre nach den Propaganda Spielen der Nationalsozialisten 1936 in Berlin. Müssen die Spiele wirklich in Berlin stattfinden und welche Vor- und Nachteile hätte das, wenn sie wirklich bei uns stattfinden?

Vorab lässt sich jetzt schon sagen, dass wenn Berlin wirklich den Zuschlag bekommen sollte, Investitionen in Millionenhöhe anstünden. Denn eins steht fest – Berlins Sportanlagen sind in einem grausamen Zustand. Egal ob von Vereinen des Breiten- oder Spitzensports, viele Anlagen sind Sanierungsbedürftig, weil sie entweder zu alt sind oder nicht mehr den aktuellen Standards entsprechen um als Olympia Schaustädte benutzt zu werden. Einige der Kosten würden dabei bestimmt aus Bundesmitteln getragen werden, der Großteil würde aber sicherlich aus dem Berliner Landeshaushalt beglichen werden müssen, der bekanntermaßen bereits heute für viele Projekte viel zu eng geschnürt ist.

Einer der klaren Vorteile – es würde Geld fließen. Und das nicht wenig. Welche Auswirkungen das auf Berlin haben könnte, lässt sich dabei divers diskutieren. Alle Sportanlagen, die im Rahmen von Olympia saniert werden würden, sind dann für die Spiele und hoffentlich auch für 2030er Jahre gerüstet. Aber wie nachhaltig sind diese Investitionen und wer profitiert von ihnen am meisten? Wahrscheinlich nicht sehr – denn spätestens nach den olympischen Spielen müsste Berlin wieder kräftig sparen, nochmal mehr als vorher schon. Instandhaltungsmaßnahmen werden dann eher die Ausnahme statt der Regel. Viel wichtiger ist aber, dass das Geld vorrangig im Spitzensport ankommen würden, nicht im Breitensport, wo es viel dringender gebraucht wird. Die Renovierungen würden vor allem die Sportanlagen betreffen, die eh schon von den „wohlhabenden“ und erfolgreichen Vereinen genutzt werden.

Ich meine damit z.B. alle Sportanlagen rund um das Olympiastadion die jetzt schon Nutzung von Hertha, Union Berlin und den Wasserfreunden 04 stehen.

Viel wichtiger für Berlin als Sportlandschaft wären Investitionen in den Breitensport – das städtische Schwimmbad, der Sportplatz um die Ecke, die vielen Sporthallen an den Schulen. Wie bereits erwähnt herrscht hier bereits jetzt schon ein massiver Rückstand, der uns alltäglich betrifft. Sei es die Fehlende Umkleide, Duschköglichkeiten, abgenutztes Material und durchgetretener Hallenböden. Selbst wenn die olympischen Spiele auf den Anlagen von kleineren und größeren Vereinen stattfinden würden, betrifft das nur einen kleinen Teil von denen, wo jeden Tag Sport getrieben wird. Und der Werbeeffect für die lokalen Vereine ist sicherlich auch überschaubar.

Es braucht jetzt Investitionen in den Sport – nicht in 10 Jahren, nicht einmalig und nicht für irgendeine Veranstaltung, um ein Image zu verkaufen, was gar nicht der Realität entspricht.

Wenn der Wille da wäre Berlin als Sportlandschaft auch auf internationalem Niveau aufzubauen und zu erhalten, dann wären olympischen Spiele das verdiente Sahnehäubchen, nicht der Startschuss oder Mittel zum Zweck. Investitionen müssten jetzt und vor allem nachhaltig getätigt werden. Neubauten nicht gleich wieder verkommen lassen und Altbauten jetzt renovieren, wo man sie noch vor dem Verfall retten kann.

Fehlende Infrastruktur im öffentlichen Nahverkehr, die bereits jetzt vorherrschende Überbelastung im Sicherheitsapparat und noch viel mehr Themen habe ich jetzt einfach mal außer Acht gelassen, die aber durchaus mitdiskutiert werden müssen, wenn es um die Planung und Umsetzung von so einem Event geht.

Und kommen wir nochmal auf den historischen Faktor zurück. 2036 liegen die olympischen Spiele von 1936 unter den Nationalsozialisten 100 Jahre zurück. Auch wenn der Gedanke verlockend klingt sich zu diesem Jubiläum als weltoffen, vielfältig und tolerant zu verkaufen – man sollte es auch sein. Seit Jahren erstickt die radikale Rechte in Europa, Vielfalt und Toleranz sind bei weitem noch nicht bei jedermann angekommen und werden aktiv von rechts bekämpft. Sollte sich der Trend schlimmstenfalls so fortsetzen wie aktuell, dann sind die olympischen Spiele 2036 wieder nur ein Propaganda-Mittel der Nazis und im wahrsten Sinne des Wortes ein Jubiläum, wenn nicht eine Neuaufgabe.



Maurice Lüttich ist Mitglied des Bezirksvorstandes der Partei **DIE LINKE** in Spandau.

Trinkwasser verschwendet man nicht!

Der Klimawandel hat auch in Deutschland bereits Folgen, vermehrt Extremwetterereignisse inklusive. Insgesamt gibt es zwar ähnlich viel Regenmengen, aber eben leider viel zu viel Wasser auf einmal. Das führt dazu, dass Grundwasservorräte nicht wieder aufgefüllt werden und wir uns Gedanken machen müssen wie wir bei niedrigen Wasserständen priorisieren, also was für uns besonders wichtig ist. Denn der Umgang der Industrie, insbesondere auch der industriellen Landwirtschaft ist nahezu verbrecherisch, aber mindestens unverantwortlich. Wasser ist ein Menschenrecht und gerade auf einem heißeren Planeten muss Wasser leicht zugänglich bleiben. Während der Bevölkerung geraten wird, kürzer zu duschen, verbraucht die Wirtschaft ein Vielfaches und besonders verschwenderisch.

Die Frage, ob Privathaushalte zuerst kommen oder etwa die Werke von Elon Musk, muss endlich offen diskutiert werden. Es kann nämlich nicht sein, dass Menschen zuhause sparen müssen, damit Batterien für fette Tesla SUVs gebaut werden können. Es kann auch nicht sein, dass die Tierindustrie unser Wasser so stark verpestet, dass das Wasser immer stärker gefiltert werden muss und für Bürgerinnen und Bürger so richtig teuer wird. Unsere Grundversorgung, also leben, ist sowieso schon für viele unbezahlbar. Was jetzt noch recht harmlos erscheint, ist ein zentrales Problem der Zukunft, um die sich unsere Politiker nur selten Gedanken machen.

Zu sehr ist auch die deutsche Politik von Korruption, Profitorientierung, aber auch Inkompetenz bestimmt. Die Nationale Wasserstrategie der Bundesregierung ist zum Beispiel so verwässert, dass sich das Lesen nicht wirklich lohnt. Der Witz dabei ist auch, dass durch zuviel Wassersparen zuhause, die Leitungen kaputt gehen, denn die sind ohnehin marode und brauchen viel Wasser zum Durchspülen. Wenn alle kürzer duschen, könnte das also für die Kommunen sehr teuer werden. Typisch Politik? Kurzsichtig ohne Strategie und Plan?

Gleichzeitig werden sowieso noch Golfplätze und private Swimmingpools mit Wasser versorgt. Unsere Regierungen machen das sehr gerne. Sie haben Angst vor Verboten und bevor sie reiche Menschen oder Profite einschränken, tragen sie das lieber auf Kosten der Bevölkerung aus! Die Sicherstellung der Wasserversorgung ist eine Aufgabe des Staates, nicht der Haushalte. Appelle für das kürzere Duschen sind zur Zeit nicht sinnvoll und eine Respektlosigkeit. Wir müssen uns allerdings besser organisieren und dagegen protestieren, dass das Trinkwasser teuer wird, während anderswo Milliarden Liter und Euro verschwendet werden! Wir wollen eine Politik für Menschen und weder Lobbyismus noch Korruption.

Dr. Didem Aydurmuş, Parteivorstand DIE LINKE.

Mieterräte und Mieterbeiräte

In den sechs landeseigenen Wohnungsunternehmen soll es Mieterräte und Mieterbeiräte geben. Die Beiräte vertreten die Interessen der Mieter auf Quartiersebene und die Räte auf Unternehmensebene. So steht es im Berliner Wohnraumversorgungsgesetz. Ganz wichtig: Die Mieterräte erhalten einen Sitz in den Aufsichtsräten, neben den fünf Vertretern des Senats und den drei Vertretern der Beschäftigten.

Leider gilt dieses Berliner Gesetz nur für die öffentlichen Unternehmen. Eigentlich müsste es Mieterräte bundesweit in allen Wohnungsunternehmen geben, besonders in den großen Konzernen wie Vonovia oder Adler. Dafür bräuchten wir ein Bundesgesetz, ähnlich dem Betriebsverfassungsgesetz. Erstaunlich, dass man von so einem Vorschlag noch nie etwas gehört hat. Aber es besteht jetzt erstmal schon ein lokales Gesetz, in dem Mieterräte und Beiräte existieren. Das gilt es auszubauen.

Zum Berliner Wohnraumversorgungsgesetz gehört auch die „Wohnraumversorgung Berlin“ (WVB). Ihre Aufgabe ist die „Steuerung der landeseigenen Wohnungsunternehmen“. Die WVB hat bisher berlinweit Treffen der Räte und Beiräte organisiert. Eigentlich müsste sie auch die Räte und Beiräte schulen, wie wir es in der Gewerkschaft mit den Betriebsräten tun.

Also der gesetzliche Rahmen ist da, wie sieht die Praxis aus? In Spandau gab es eine Veranstaltung „Sind Mieterbeiräte zahnlose Tiger?“. Na ja, einige wenige schon, aber längst nicht alle. Die Beiträge von Beiräten und Räten aus mehreren Bezirken boten eine breite Palette von „klagend“ bis „kämpferisch“. Interessant waren Berichte von Spannungen zwischen Beiräten und Räten. Die dürfen natürlich nicht sein.

Bei der Gewobag im Falkenhagener Feld ist die Wahl der Mieterbeiräte gescheitert, angeblich haben sich keine Kandidaten gefunden. Besser sieht es bei der Gewobag in Heerstraße Nord aus. Wahlen initiieren und dafür in den Wohngebieten werben müsste auch die WVB.

Dabei zu helfen wäre auch eine Aufgabe für die Linke vor Ort. Sie könnte im Wohngebiet aktiv werden und die Beiräte unterstützen. Beziehungsweise helfen, Wahlen zu organisieren, wo noch keine Beiräte existieren. Und vor allem selbst kandidieren. Und ein bisschen Klassenbewusstsein in die Szene bringen!

Peter Keibel, IG BAU und Bündnis Soziales Wohnen Spandau



Komm zur LINKEN Spandau!

Mach mit!

Termine

Geschäftsstelle Spandau
Pichelsdorfer Straße 138
13595 Berlin-Spandau

09.11.23 17:00 Uhr gemeinsames Stolpersteine putzen
Treffpunkt: Marktplatz Altstadt
Spandau

18.11.23 15:00 Uhr Kick-Off Unterschriften sammeln für
#wirfahrezusammen

14.12.23 17:30 Uhr Landesweites Neumitglieder- und
Interessiertentreffen im Karl-Lieb-
knecht-Haus

Zusätzlich führt zweimal im Monat Frau Katayun Pirdawari Sozialberatungen auf Deutsch, Persisch, Dari, Englisch und Türkisch durch, zu Ansprüchen auf ALG II, Leistungen und Anträgen, zur Anrechnung von Einkommen und Vermögen oder zum Umgang mit dem Jobcenter, i.d.R. immer dienstags von 14 bis 16 Uhr.

Die Erstberatungen sind für Betroffene kostenfrei. Die Beratungen finden in der Geschäftsstelle DIE LINKE. Spandau, Pichelsdorfer Str. 138, 13595 Berlin statt. Bitte anmelden unter: 030 36 43 74 71 oder carla.assmann@dielinke.berlin

Öffentliche Fraktionssitzungen der Fraktion DIE LINKE in der BVV Spandau im Rathaus Spandau
Termine und Sitzungsraum:

www.linksfraktion-spandau.de

Der Brief vom Amt ist unverständlich?

Wir helfen!

Sozialberatung auf

- Deutsch
- Englisch
- Persisch
- Türkisch
- Dari

DIE LINKE.
Bezirksverband Spandau

Kein Geld ist auch keine Lösung...

Unterstützen Sie uns mit einer Spende!

Als einzige Partei im Deutschen Bundestag nimmt DIE LINKE. keine Unternehmens- und Konzernspenden an. Damit wollen wir unsere Unabhängigkeit von den Lobbyisten bewahren.

Politische Arbeit kostet jedoch neben viel Zeit und Engagement oftmals auch Geld, etwa für Plakate, Informationsmaterial, Zeitungen, die Offenhaltung von Geschäfts- und Beratungsstellen und diverse andere Sachen. Wenn Sie die Arbeit der Spandauer Linken durch finanzielle Zuwendung unterstützen wollen, können Sie einen Betrag überweisen. Parteispenden sind steuerlich absetzbar: Geben Sie auf der Überweisung Ihren Namen und Ihre Adresse an, dann bekommen Sie von uns eine Bescheinigung und bei der Steuererklärung die Hälfte des gespendeten Geldes zurück! Vielen Dank!

DIE LINKE. Spandau

IBAN: DE48 1007 0848 0525 6078 07

BIC: DEUTDEDB110

Verwendungszweck: Spende DIE LINKE. Spandau